

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 07.02.2012, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Beratung und Beschlussvorschlag über die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 602/2012
- 2 . Vorstellung und Beratung der Planung zur Errichtung einer Fahrzeughalle für die Feuerwehrverwaltungsstaffel
Vorlage: 597/2012
- 3 . Vorstellung der Planung zur Überdachung der Treppenanlage im Parkhaus hinter dem Rathaus
Vorlage: 603/2012
- 4 . Beratung und Beschlussfassung über den Abbruch des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Grotenrath
Vorlage: 591/2011
- 5 . Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Karl-Peter Conrads

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Leonhard Kuhn

Mitglieder

3. Marko Banzet
4. Klaus Dohlen
5. Uwe Eggert
6. Johann Graf
7. Theresia Hensen
8. Horst-Eberhard Hoffmann
9. Gerd Latour
10. Markus Melchers
11. Uwe Neudeck in Vertretung für Herrn Kleinen
12. Manfred Schumacher
13. Barbara Slupik

14. Kurt Sybertz
15. Raimund Tartler
16. Harald Volles in Vertretung für Herrn Dr. Evertz

Sachkundige/r Bürger/in

17. Nils Kasper
18. Friedhelm Rose
19. Moritz Rummler

von der Verwaltung

20. Andreas Eickhoff
21. Bürgermeister Thomas Fiedler
22. I. Beigeordneter Hans Hausmann
23. Gabi Henzler
24. Alexander Jansen
25. Manfred Savoir

Protokollführer

26. Nathalie Wischinski

Es fehlten:

27. Dr. Stefan Evertz
28. Wilfried Kleinen

Ausschussvorsitzender Conrads begrüßte Herrn Bürgermeister Fiedler, die anwesenden Bürger, die Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden.

TOP 1 Beratung und Beschlussvorschlag über die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 602/2012

Bürgermeister Fiedler erläuterte eingangs, dass der Ausschuss zunächst die Verwaltung beauftragen möge, Fördermittel zu beantragen und ein Klimaschutzkonzept zu erstellen. Dies sei ausdrücklich kein Vorgriff auf den Inhalt des späteren Klimaschutzkonzeptes.

Eine erste Fassung zum möglichen Inhalt werde in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt. Ziel sei es, bis Ende des Jahres ein Klimaschutzkonzept unter Haushaltsvorbehalt zu erstellen. Demnächst werde der Kontakt zu einem Lehrstuhl der FH Aachen, Abteilung Jülich, hergestellt.

Nach kurzer Beratung rief Ausschussvorsitzender Conrads zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Klimaschutzkonzept aufzustellen und dafür Fördermittel zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 2 Vorstellung und Beratung der Planung zur Errichtung einer Fahrzeughalle für die Feuerwehrverwaltungsstaffel
Vorlage: 597/2012**

Frau Henzler vom Gebäudemanagement der Stadtverwaltung Geilenkirchen stellte sich vor und erläuterte anhand einer Präsentation den aktuellen Planungsstand für das Projekt. Die Präsentationsunterlagen werden der Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt.

Als Ergebnis ihres Vortrages fasste Frau Henzler zusammen, dass unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit letztlich noch die Garage von Siebau und die von Zapf zur Auswahl stünden.

Ausschussvorsitzender Conrads dankte für den Vortrag und erteilte der Stadtverordneten Slupik das Wort.

Stadtverordnete Slupik fasste zusammen, dass beide Alternativen ungefähr die gleichen Kosten verursachen würden. Da bei der Anlieferung der Garage von Zapf mit Schäden im Belag und an der Stützmauer zu rechnen sei, spreche sie sich für die Beauftragung der Firma Siebau aus.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtverordnetem Schumacher erklärte Frau Henzler, dass die Errichtung einer konventionellen Garage tatsächlich deutlich teurer sei, als die Anschaffung einer Fertiggarage. Auch die von Stadtverordnetem Melchers vorgeschlagene einfachere Variante der konventionellen Garage bringe lediglich eine Reduzierung der Kosten um ungefähr 1.500 €. Stadtverordneter Melchers sprach sich daraufhin ebenfalls für die Garage von Siebau aus.

Frau Henzler antwortete auf die Frage des Stadtverordneten Volles, dass die Anschaffung einer Alternative zu einer Garage, zum Beispiel eines Carports, nicht sinnvoll sei, da das Fahrzeug vor Schäden geschützt, manipulationssicher und frostsicher abgestellt werden müsse. Auch das geplante Faxgerät sei unbedingt erforderlich, da die Feuerwehr binnen acht Minuten nach Alarmierung am Brandort eintreffen müsse und in diesem kurzen Zeitraum alle erforderlichen Informationen unverzüglich erhalten müsse.

Sachkundiger Bürger Kasper bat darum, wichtige Informationen, wie sie in der Präsentation gegeben wurden, wenn möglich schon vor der Sitzung bekannt zu geben, um eine vorherige Beratung zu erleichtern.

Ausschussvorsitzender Conrads rief zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragte die Verwaltung mit der Fortsetzung und Ausführung der Planung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Vorstellung der Planung zur Überdachung der Treppenanlage im Parkhaus hinter dem Rathaus
Vorlage: 603/2012**

Herr Eickhoff verdeutlichte anhand einer Fotodokumentation, dass die Überdachung im Bereich des Haupttreppenhauses sowie des seitlichen Treppenhauses, das in das Kellergeschoss führt, installiert werden soll. Nur durch die Überdachung und eine begleitende Betonsanierung könne man die Problematik der massiven Bauschäden am Parkhaus wieder in den Griff bekommen.

Die Überdachungen seien als verzinkte Stahlkonstruktion mit Sicherheitsglas geplant. Während die Überdachung des Haupttreppenhauses an die vorhandene Entwässerung des Parkhauses angeschlossen werden solle, sei vorgesehen, die Treppenhausüberdachung zum Kellergeschoss natürlich ins seitliche, unversiegelte Gelände zu entwässern.

Stadtverordneter Melchers erklärte, dass er die Betonsanierung befürworte. Allerdings frage er sich, warum eine Überdachung erforderlich sei. Wenn der Beton saniert sei, dürfe das Niederschlagswasser eigentlich kein Problem mehr darstellen.

I. Beigeordneter Hausmann wies darauf hin, dass die Problematik nicht so einfach zu handhaben sei. Zum Beispiel sei es bei Glätte im Winter erforderlich, dass im Treppenbereich gestreut werde. Dies greife den Beton zusätzlich an. Er schlug vor, die Auftragsvergabe im Rahmen einer Funktionalausschreibung herbeizuführen. Hierin sehe er auch die große Chance, dass die Maßnahme kostengünstiger realisiert werden könne.

Auf Anregung von Stadtverordnetem Graf, anstelle von Glas andere, günstigere Baustoffe zu verwenden, betonte I. Beigeordneter Hausmann, dass Glas kein besonders teurer Baustoff sei. Ohne Glas werde es allerdings dunkel im Treppenhaus, so dass eine zusätzliche Beleuchtung erforderlich würde, die ihrerseits wieder Kosten verursache. Auch die Frage nach den Materialien lasse sich aber möglicherweise über die funktionale Ausschreibung beantworten.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtverordnetem Kuhn erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass eine Gesamtlösung für das Parkhaus aktuell aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Irgendwann sei es sicherlich erforderlich, die Asphaltsschicht zu erneuern. Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass es kein Widerspruch sei, jetzt mit der Überdachung und Betonsanierung einen Teil des Gesamtkonzeptes schon durchzuführen und später die weiteren erforderlichen Maßnahmen nachzuholen.

Ausschussvorsitzender Conrads schlug vor, die Beschlussfassung dergestalt aufzuteilen, dass gesondert über die Betonsanierung und über die Überdachung befunden werde. So könne man die Betonsanierung befürworten und die Entscheidung über die Überdachung vorerst verschieben, um gegebenenfalls noch nach Alternativen suchen zu können.

Herr Eickhoff betonte, dass die Überdachung und die Betonsanierung nicht separat gesehen werden können. Ein qualifizierter Sachverständiger habe die Situation vor Ort begutachtet und Stellung dazu genommen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien Teile eines Gesamtkonzeptes, welches auf Grundlage erster gutachterlicher Untersuchungen erstellt worden sei. Im Rahmen weiterer Untersuchungen werde dieses Konzept fortgeschrieben. Es sei davon auszugehen, dass weitere Sanierungsarbeiten, zum Beispiel am Oberflächenbelag der Parkdecks erforderlich werden.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass das Gesamtkonzept in den nächsten Monaten vorgestellt werde. Auf die entsprechende Frage von Stadtverordnetem Kuhn betonte er, dass ein Aufschieben nicht sinnvoll sei. Er schlug ergänzend vor, verschiedene Firmen aufzufordern, Angebote abzugeben. Hierdurch dürfte sich auch die Möglichkeit ergeben, alternative Lösungen zu finden.

Stadtverordneter Volles schloss sich der Ansicht von Ausschussvorsitzendem Conrads bezüglich einer getrennten Abstimmung an. Ausschussvorsitzender Conrads überzeugte sich davon, dass die Mehrheit des Ausschusses für eine getrennte Abstimmung war und rief sowohl für die Betonarbeiten als auch für die Überdachung zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Betonsanierungsarbeiten auszuführen. Bezüglich der Überdachung der Treppenanlagen soll die Verwaltung weitere Informationen einholen, diese auswerten und anschließend in einer der nächsten Sitzungen erneut zur Beratung vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Betonsanierung ausführen:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis:

Für die Überdachung weitere Fakten beschaffen und anschließend erneut beraten:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über den Abbruch des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Grotenrath
Vorlage: 591/2011**

Herr Eickhoff erklärte, dass in der Vorlage der Einladung bereits die wesentlichen Informationen enthalten seien.

Stadtverordneter Sybertz regte an, dass die Verwaltung prüfen möge, ob die durch den Abriss gewonnene Fläche zur Erweiterung des dortigen Spielplatzes genutzt werden könne.

Beschluss:

Das ehemalige Feuerwehrgerätehaus Grotenrath wird abgerissen. Die frei werdende Fläche wird an das umgebende Grundstück angeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Verschiedenes

1. Stadtverordnete Slupik erkundigte sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der Prüfung, ob im Rathaus eine kostenlose Energieberatung eingerichtet werden könne und welche Kosten für die Stadt anfielen. Herr Eickhoff berichtete, dass mit Kosten in Höhe von 2.500 € pro Jahr gerechnet werden müsse. Nach aktuellem Stand bestehe bei anderen Kommungen im Kreisgebiet kein Interesse, eine Energieberatung einzurichten. Auch eine kreisweite Lösung biete sich wohl nicht an, so dass die Verwaltung inzwischen Kontakt zur Verbraucherzentrale aufgenommen habe, mit dem Ziel, eine Energieberatungsstelle der Verbraucherzentrale im Rathaus der Stadt Geilenkirchen einzurichten.

Die Verbraucherzentrale gehe bei ihren Planungen zunächst von einer Beratungsnachfrage von mindestens 40 Std. pro Jahr aus. Diese solle zu Beginn in der Regel mit einer halbtägigen Beratung einmal im Monat befriedigt werden. Bei einer Beratungsdauer von ca. 30 Minuten pro Termin könne zunächst

von ca. 80 Terminen ausgegangen werden, die durch städt. Mitarbeiter per Telefon, Email oder persönlich zu verwalten wären. Einschließlich sonstiger themenbezogener Kontakte mit dem Bürger und den notwendigen Tätigkeiten in Zusammenhang mit der Bekanntmachung des Angebotes der Verbraucherzentrale dürften in der Verwaltung monatlich insgesamt ca. fünf Stunden für eine Energieberatung der Verbraucherzentrale im Rathaus aufzuwenden sein. Die Kosten hierfür lägen bei monatlich ca. 200,00 €.

Herr Eickhoff führte weiter aus, dass zur Ermittlung der Raumkosten die Vergleichsmiete für Gewerbeflächen herangezogen worden sei. Diese liege im Bereich des Rathauses zwischen 10,00 und 15,00 €/m². Für einen Raum mit einer Grundfläche von 15 m² wäre im Mittel mit Kaltmietkosten in Höhe von 187,50 € zu rechnen. Für eine monatlich halbtägige Raumnutzung lägen die Kosten bei 3,13 € zzgl. Heiz- und Nebenkosten, insgesamt somit bei ca. 5,00 bis 6,00 €. Für die Bereitstellung von Büroausstattung, EDV und Telefon würden Kosten in gleicher Höhe angenommen. Unter Berücksichtigung, dass im Rahmen der Beratungstätigkeit auch die sonstige Infrastruktur des Rathauses sowohl von Besuchern als auch den Mitarbeitern der Verbraucherzentrale teilweise genutzt werde, würden für Raum und Ausstattung monatliche Kosten i. H. v. ca. 20,00 € angenommen.

Insgesamt dürften für eine monatlich einmal stattfindende halbtägige Energieberatung durch die VZ im Rathaus Kosten in Höhe von zunächst ca. 220,00 €/Mon bzw. jährlich 2.640,00 € bei der Stadt Geilenkirchen entstehen.

Ausschussvorsitzender Conrads schlug vor, die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen. Der Ausschussvorsitzende stellte das Einvernehmen her, dass an dieser Stelle über die Energieberatung im Rathaus entschieden werden sollte. Sodann beauftragte der Ausschuss die Verwaltung einstimmig, eine für den Bürger kostenlose Energieberatung im Rathaus einzurichten.

2. Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Graf erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass die Beratung über die Herbstgrünabfallsammlung 2012 Anfang des Jahres erfolgen sollte und voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses zur Beratung vorgestellt werde.
3. Auf entsprechende Frage von Stadtverordnetem Volles antwortete I. Beigeordneter Hausmann, dass die Stadt keine Fördermittel für die energetische Sanierung des Schul- und Sportzentrums bekomme. Aufgrund der Haushaltsicherung sei eine Sanierung aktuell nicht finanzierbar. Man stehe aber in Kontakt mit der Kommunalaufsicht und plane, die Fensteranlagen sowie Teile der Schwimmbadtechnik zu sanieren, da hiervon Gefahren ausgehen würden. Eine andere Lösung gebe es derzeit nicht.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass ein Energiesparcontracting nicht völlig ausgeschlossen sei. Das System, dass der alte Energiepreis weitergezahlt werde, während der Energieversorger von der Differenz zum neuen Preis die Maßnahmenkosten begleiche, sei nicht erträglich genug. Er sehe aber die Möglichkeit, die Schwimmbadtechnik zu sanieren und den Wasserverbrauch

zu verringern. Er wolle das Thema Contracting in jedem Fall im Auge behalten.

4. Stadtverordnete Slupik stellte die Frage, warum die vom Büro Meyer-Brandis im Rahmen des Innenstadtkonzeptes vorgeschlagene Querungshilfe in der Haihoverstraße noch nicht eingerichtet wurde.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass in dieser Angelegenheit Gespräche mit der Rewe-Gruppe geführt worden seien, um sowohl den Rewe-Markt aber auch den Beamtenparkplatz besser an die Fußgängerzone anzuschließen. Ende März werde sich die Rewe-Gruppe erklären. Im Übrigen gebe es - was die Lage der Querungshilfe anbetreffe - noch Klärungsbedarf mit dem Ordnungsamt und der Polizei.

5. Auf Anmerkung von Stadtverordnetem Melchers erklärte Bürgermeister Fiedler, dass der Drempel in der Straße Hochheid im Rahmen einer Versuchsphase installiert worden sei. Mehrere Anwohner hätten angeregt, für eine Verkehrsberuhigung zu sorgen. Andere Überlegungen, wie zum Beispiel durch parkende Autos für einen ruhigeren Verkehrsfluss zu sorgen, seien nicht sinnvoll gewesen, insbesondere deswegen, weil die Anwohner meist auf dem eigenen Grundstück parken und somit gar nicht genügend Fahrzeuge auf der Straße wären, um einen Effekt auf den Verkehr zu haben.

Sitzung endet um: 19:19 Uhr

Vorsitzender

Karl-Peter Conrads

Schriftführer/in:

Nathalie Wischinski